



Pflegebündnis Mittelbaden e.V.
Bismarckstr. 6
76571 Gaggenau

Claudia Moll, MdB

Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Postanschrift:
11055 Berlin

Tel +49 (0)30 18 441-3420
Fax +49 (0)30 18 441-3422

Claudia.Moll@bmg.bund.de
www.pflegebevollmaechtigte.de

Berlin, 7. Februar 2022

Sehr geehrte Frau Boschert, sehr geehrter Herr Koch,

herzlichen Dank für Ihr an Minister Lauterbach gerichtetes Schreiben, das Sie mir haben
zukommen lassen.

Ich kann viele der von Ihnen angesprochenen Probleme in der Altenpflege aus langjähriger,
eigener Erfahrung gut nachvollziehen. Oft gibt es viel Arbeit für zu wenige Köpfe. Aber auch
in anderen Branchen ist nicht alles Gold was glänzt. Was wir brauchen ist ein positiveres
Berufsbild. Denn Pflege ist trotz aller Herausforderungen ein sehr erfüllender und
verantwortungsvoller Beruf.

Die Politik muss in erster Linie die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu haben wir im
Koalitionsvertrag einiges vereinbart. Vor allem müssen wir bei der Personalbemessung
schnell vorankommen, im Krankenhaus und der Langzeitpflege. Der Schlüssel für viele
Probleme in der Pflege ist – wie Sie richtig beschreiben – mehr Personal. Unser Problem sind
nicht allein die Fachkräfte. Mit der Personalbedarfsbemessungsstudie von Prof. Rothgang
Mitte 2020 wurde ein Personalmehrbedarf von 36 Prozent allein in der vollstationären Pflege
nachgewiesen. Dieser ergibt sich nahezu ausschließlich durch einen Mehrbedarf an ein- bzw.
zweijährig ausgebildeten Pflegehilfskräften. Mit der Umsetzung der Roadmap zur Einführung
der Personalbemessung zum 1. Juli 2023 haben wir bereits diesen Weg beschritten (vgl. § 113c
SGB XI). Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir die im Koalitionsvertrag vereinbarte
Beschleunigung der verbindlichen Personalbedarfsbemessung in der Langzeitpflege und auch
im Krankenhaus rasch hinkommen. Dabei wird auch die von Ihnen geforderte
Digitalisierungsoffensive stärker in den Fokus rücken müssen.

Mit der Tariflohnpflicht ab September wird ein weiterer, wichtiger Schritt kommen für gerechte Löhne in der Langzeitpflege. Ich weiß jedoch von Kolleginnen und Kollegen, dass ihnen das Geld oft nicht am wichtigsten ist. Was viele wollen ist, dass geteilte Dienste und Rückrufe aus dem Frei endlich der Vergangenheit angehören. Der Anruf am Wochenende, schon wieder einspringen zu müssen, zehrt an den Kräften und strapaziert die Gesundheit. Verlässliche freie Zeiten und familienfreundliche Arbeitszeiten müssen deshalb ganz oben auf die Agenda. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dafür mehr zu tun. Gesunde und motivierende Arbeitszeiten müssen besser refinanziert und von allen Arbeitgebern, egal ob tarifgebunden oder nicht, angeboten werden. Ich setze aber auch auf starke Tarifverträge. Für gute Arbeitszeitmodelle, höhere Zuschläge und Springerpools sind in erster Linie die Sozialpartner in der Verantwortung.

Manchmal helfen schon Veränderungen in der Arbeitsorganisation einer Einrichtung, um den Arbeitsalltag entscheidend für Beschäftigte zu verbessern. Da setzt das Projekt „GAP – Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege“ an, das ich von meinem Amtsvorgänger übernommen habe und von dessen Nutzen ich überzeugt bin. Dieses Projekt unterstützt die Pflegeeinrichtungen bei der Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen und ich kann jeden nur ermuntern, sich unter gap-pflege.de zu informieren und anzumelden.

Ihre Anregungen zur Pflegeausbildung, Akademisierung und Vernetzung stehen genauso auf meiner Agenda wie die Entlastung der Pflegebedürftigen bei der Finanzierung der Pflege. Die zum 1. Januar 2022 in Kraft getretene Regelung zu prozentualen Zuschüssen zu den Eigenanteilen werden wir jetzt genau beobachten und prüfen, wie der Eigenanteil weiter abgesenkt werden kann. Gemäß dem Koalitionsvertrag wollen wir dazu die Ausbildungskostenumlage aus den Eigenanteilen herausnehmen und versicherungsfremde Leistungen wie die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige und die pandemiebedingten Zusatzkosten aus Steuermitteln finanzieren sowie die Behandlungspflege der stationären Versorgung in die gesetzliche Krankenversicherung übertragen und pauschal ausgleichen. Außerdem haben wir im Koalitionsvertrag verabredet, einen neuen Anspruch auf innovative quaternahe Wohnformen zu schaffen, um Wohnmodelle wie die von Ihnen genannten besser fördern zu können. Das Entlastungsbudget und eine Erhöhung des Pflegegeldes sind ebenfalls geplant.

Ich werde mich dafür stark machen, dass all diese Vorhaben und mehr umgesetzt werden. Sehr gern arbeite ich dabei mit Einrichtungsträgern, Pflegekräften und Pflegebedürftigen zusammen, denn auf ihre Erfahrungen, Hinweise und Ideen sind wir bei politischen Entscheidungen angewiesen.

Zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht möchte ich abschließend nur Folgendes sagen: Ich erwartet nicht, dass es dadurch gravierend zu vermehrten Versorgungsengpässen kommen wird. Die Impfquote unter Pflegekräften unterscheidet sich zwar von Einrichtung zu Einrichtung, ist insgesamt aber hoch. Darüber hinaus werden die Gesundheitsämter im Rahmen ihrer Entscheidungen zu einem Tätigkeits- oder Betretungsverbot auch zu prüfen haben, ob es dadurch zu Personalproblemen kommen kann. Davon unabhängig appelliere ich aber auch weiterhin nicht nur an die Beschäftigten des Gesundheitswesens, sondern an alle, sich impfen zu lassen, wenn das medizinisch möglich ist.

Vielen Dank für Ihr Engagement, krempeln wir gemeinsam die Ärmel hoch!

Mit freundlichen Grüßen



Claudia Moll